



Volker Kauder MdB
Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 27. Februar 2018
19. WP/07

I. Die politische Lage in Deutschland

Union setzt klares Signal für Regierung.

Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat gestern auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Wir danken unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünschen Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.

Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können.

Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können. Wir wollen mit

Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Internationaler Weltfrauentag am 8. März 2018.

Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen.

Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt.

Für uns als Union geht die tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel. Auf unsere Initiative hin haben wir die Familienfreundlichkeit als Leitprinzip im Koalitionsvertrag besonders verankert.

Terroranschlag lückenlos aufklären – Schlussfolgerungen ziehen.

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

II. Die Woche im Parlament

Zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2018. Anlässlich des Internationalen Weltfrauentages findet in dieser Woche eine vereinbarte Debatte statt. Wie oben beschrieben haben wir im Koalitionsvertrag die Weichen dafür gestellt, dass wir bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern weiter vorankommen.

Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses. Auf Initiative unserer Fraktion stimmen wir - wie oben näher ausgeführt - der Einsetzung eines ersten Untersuchungsausschusses zu. Er soll das Handeln der zuständigen Behörden vor dem Attentat am 19. Dezember 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin gerade im Hinblick auf den Attentäter Amri und sein Umfeld aufklären. Ferner soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für die künftige Arbeit von Behörden aber auch für die Betreuung von Hinterbliebenen und Opfern geben.

Einsetzung mehrerer Gremien und Wahlen ihrer Mitglieder. Auf Grundlage fraktionsübergreifender Anträge setzen wir verschiedene Gremien zur Kontrolle bzw. Begleitung spezifischer Bereiche der Regierungsarbeit ein und wählen deren Mitglieder. Diese sind wichtiger Bestandteil der Parlamentsarbeit. Wir setzen etwa das Vertrauensgremium nach der Bundeshaushaltsordnung ein, dem der Deutsche Bundestag die Bewilligung von Ausgaben übertragen kann, die der Geheimhaltung unterliegen. Ebenfalls eingesetzt wird das Sondergremium im Sinne des Stabilisierungsmechanismusgesetzes, welches die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus wahrnimmt. Weiterhin wählen wir Mit-

glieder für im Grundgesetz vorgesehene Gremien: für den Gemeinsamen Ausschuss gemäß Art. 53a GG, der im Verteidigungsfall relevant wird, sowie für den Ausschuss nach Art. 13 Abs. 6 GG, der auf Grundlage der Berichte der Bundesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung die parlamentarische Kontrolle in diesem Bereich ausübt. Schließlich wählen wir Mitglieder für den Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschuss Europol, denn Art. 88 Abs. 2 AEUV sieht vor, dass die nationalen Parlamente an der Kontrolle Euro-pols durch das Europäische Parlament beteiligt werden.

Den INF-Vertrag als Grundpfeiler atomarer Sicherheitsarchitektur und Kernelement europäischer Sicherheit erhalten. Mit dem gemeinsam mit der SPD eingebrachten Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Bewahrung des „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“ einzusetzen. Der seit 1987 zwischen den USA und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bestehende Vertrag verpflichtet die Vertragsparteien zur vollständigen Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen (Reichweite zwischen 500 und 5.500 km). Für die atomare Sicherheitsarchitektur und die europäische Sicherheit ist er von erheblicher Bedeutung. Angesichts von Hinweisen auf russische Tests von Mittelstreckenraketen setzt sich Deutschland für den Erhalt des INF-Vertrages und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ein. Der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent stellen wir uns damit entgegen.

III. Daten und Fakten

China bleibt Deutschlands wichtigster Handelspartner. Wie bereits 2016 war die Volksrepublik China auch im vergangenen Jahr der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, also die Summe aus Im- und Exporten, belief sich 2017 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 186,6 Mrd. Euro. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Niederlande und die Vereinigten Staaten mit gehandelten Waren im Wert von je 177,3 Mrd. und 172,6 Mrd. Euro. Noch vor zehn Jahren führten Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten die Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner an. Während Frankreich von 1975 bis 2014 stets wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik gewesen war, rutschte unser Nachbarland von Rang zwei 2016 nunmehr auf den vierten Platz. Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Vereinigten Staaten. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

Rekordpassagierzahlen an deutschen Flughäfen. Von den 24 größten deutschen Verkehrsflughäfen starteten 2017 so viele Passagiere wie noch nie zuvor. Rund 118 Mio. Fluggäste traten 2017 von dort eine Reise an, ein Anstieg um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Statistisch gesehen sind dies etwa 322.000 Passagiere pro Tag. Die innerdeutschen Flugzahlen blieben mit 23,7 Mio. beförderten Passagieren nahezu konstant. Dagegen stieg der Flugverkehr ins Ausland, auf den vier Fünftel aller Flüge entfallen, um 6 %. Die beliebtesten europäischen Ziele waren Spanien, das Vereinigte Königreich und Italien. Das größte Wachstum erfuhren mit mehr als 35 % Flüge nach Afrika. Zu diesem trugen steigende Passagierzahlen etwa nach Ägypten und Marokko bei.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)